

1 **Initiativantrag** zum weiteren Verfahren in Sachen
2 Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade
3 Agreement) zwischen der Europäischen Union und Kanada.

4

5 Das Freihandelsabkommen CETA ist seit Beginn 2016 fertig
6 ausverhandelt und liegt seit Juli 2016 in allen Amtssprachen der EU auf
7 dem Tisch. Somit hat CETA endgültig Gestalt angenommen und kann
8 ohne weitere Verzögerung bewertet werden.

9 Der SPD-Landesparteitag lehnt CETA ab. Denn es steht in wesentlichen
10 Punkten im Widerspruch zum Beschluss des Parteikonvents vom 20.
11 September 2014. Insgesamt bevorteilt CETA private Gewinninteressen
12 zulasten des Gemeinwohls und zulasten von ArbeitnehmerInnen,
13 VerbraucherInnen und der Umwelt.

14 CETA greift tief in die Gesetzgebung der nationalen Parlamente ein,
15 insofern ist die Ankündigung der Europäischen Kommission CETA als
16 „gemischtes Abkommen“ zu behandeln, richtig.

17 CETA hat das Ziel die maximale Liberalisierung der Märkte bei
18 gleichzeitigem besonderen Schutz der Investoren zu erreichen. Es
19 besteht die Gefahr, dass das Kräfteverhältnis auf beiden Seiten des
20 Atlantiks zugunsten global agierender Konzerne verschoben wird. Der
21 Mehrwert für die Gesellschaft ist fraglich, die Gefahren hingegen groß. Für
22 uns als Basis der SPD ist dieses Abkommen ein weiterer Schritt in die
23 falsche Richtung.

24

25 **CETA steht insbesondere aus folgenden Gründen im Widerspruch**
26 **zur Beschlusslage der SPD und sollte deshalb abgelehnt werden:**

27

28 1. Nach wie vor enthält CETA Schiedsgerichte, die einseitig die
29 Interessen von Investoren schützen sollen. Auch die Veränderungen im
30 Verfahrensrecht in Bezug auf frühere private Schiedsgerichte ändern
31 nichts an dem grundlegenden Problem, dass große Unternehmen Staaten
32 verklagen können, soweit sie sich nicht „**gerecht und billig**“ behandelt
33 fühlen. Ein gleichwertiger Schutz für ArbeitnehmerInnen,
34 VerbraucherInnen und dem Schutz der Umwelt ist nicht vorgesehen.
35 Daher führen Schiedsgerichte, die einseitig die Interessen von
36 Unternehmen schützen, zu einem Ungleichverhältnis zugunsten des
37 Kapitals und zulasten der ArbeitnehmerInnen. Bei Abkommen zwischen
38 Staaten, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten, sind parallel anwendbare
39 Schiedsgerichte überflüssig.

40

41 2. CETA schränkt die Entscheidungshoheit der Parlamente ein, wenn
42 große Unternehmen bei Gesetzesvorhaben beispielsweise zum Schutz
43 der Umwelt oder bei Mindestlohnregelungen mit hohen
44 Schadenersatzansprüchen vor Schiedsgerichten drohen können. Die
45 Klagen von großen Unternehmen gegen Staaten vor Schiedsgerichten
46 sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Weiter wird das Recht der
47 Parlamente eingeschränkt, wenn „**Gemeinsame Ausschüsse**“ („**Joint**
48 **Committees**“) mit Mitgliedern aus der EU und Kanada das Recht erhalten
49 sollen, zum Beispiel ungeklärte Rechtsbegriffe wie „gerechte und billige
50 Behandlung“ zu bestimmen.

51

52 3. Das **Vorsorgeprinzip** wird in **CETA** **aufgegeben**. Das
53 Vorsorgeprinzip in Europa sorgt dafür, dass Produkte erst dann auf den
54 Markt gelangen können, wenn es keine Risiken für die VerbraucherInnen
55 gibt. In Kanada gilt das Nachsorgeprinzip. Danach dürfen Produkte erst
56 vom Markt genommen werden, wenn wissenschaftlich nachgewiesen

57 wird, dass sie für Menschen, Tiere oder die Umwelt schädlich sind. Daher
58 besteht das Risiko, dass Produkte aus Kanada auf den europäischen
59 Markt gelangen, die in der EU nach dem Vorsorgeprinzip nicht zugelassen
60 wären.

61 **4. Kanada akzeptiert lediglich sechs von acht ILO-**
62 **Kernarbeitsnormen:** Das Mindestalter für die Zulassung von
63 Beschäftigung und die Gleichheit des Entgelts für männliche und weibliche
64 Arbeitskräfte sind nicht Bestandteil von CETA. Für die SPD sind ILO-
65 Kernarbeitsnormen Menschenrechte, die nicht verhandelbar sind.

66

67 **5. Die SPD steht bei Freihandelsabkommen für den**
68 **Positivlistenansatz.** Das bedeutet, die Wirtschaftsbereiche, die
69 Gegenstand des Abkommens sind, werden benannt. Bei CETA wird aber
70 der **Negativlistenansatz** angewendet: Das bedeutet, grundsätzlich fällt
71 alles unter den Zwang, den Marktprinzipien unterworfen zu werden. Es
72 werden lediglich die Sektoren aufgeführt, die nicht privatisiert werden
73 sollen. Das hat weitreichende Auswirkungen für die Organisation der
74 Daseinsvorsorge. Hier wird die Entscheidungsfreiheit regionaler
75 Körperschaften teilweise eingeschränkt. So wird zum Beispiel das „In-
76 House-Verfahren“, nach dem zum Beispiel Kreise oder Städte den
77 Öffentlichen-Personen-Verkehr an öffentliche Busunternehmen vergeben
78 können, in Frage gestellt. **Rekommunalisierungen** von jenen
79 privatisierten Unternehmen, die im Anhang des CETA-Textes aufgeführt
80 sind, werden ausgeschlossen. CETA enthält somit große **Risiken** für die
81 **öffentliche Daseinsvorsorge.** Die Forderung, die öffentliche
82 Daseinsvorsorge von CETA auszunehmen, wird nicht erfüllt.

83

84 a) Es darf **keine** sozialdemokratische Zustimmung im Rahmen der
85 **Billigung** des Abkommens **im Ministerrat** geben. Die Bundesrepublik

86 Deutschland muss CETA im Ministerrat die rote Karte zeigen. Luxemburg
87 geht mit gutem Beispiel voran. Unser Parteivorsitzender,
88 Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel trägt eine besondere
89 Verantwortung dafür, dass die deutsche Stimme im Ministerrat CETA nicht
90 unterstützt.

91

92 b) Es darf **keine** sozialdemokratische Zustimmung für die **vorläufige**
93 **Anwendung** des Abkommens **im Ministerrat** geben. Es entspricht der
94 üblichen Praxis, dass die Europäische Kommission dem Ministerrat
95 vorschlägt, die vorläufige Anwendung für Handelsabkommen zu
96 beschließen. Auch bei CETA wird dies der Fall sein. Bei einem gemischten
97 Abkommen bedeutet dies, dass alle europäischen Teile bereits nach einer
98 positiven Abstimmung im Europäischen Parlament ihre vorläufige
99 Anwendung finden. Unser Parteivorsitzender, Wirtschaftsminister und
100 Vizekanzler Sigmar Gabriel trägt eine besondere Verantwortung dafür,
101 dass die deutsche Stimme im Ministerrat die vorläufige Anwendung nicht
102 unterstützt.

103

104 c) Es darf **keine Zustimmung der SPD-Europaabgeordneten** zu
105 CETA geben. Durch den Vertrag von Lissabon liegt die
106 Abstimmungshoheit über europäische Handelsverträge beim
107 Europäischen Parlament und dem Ministerrat. Das Europäische
108 Parlament hat in seiner Resolution am 8. Juli 2015 „rote Linien“
109 beschlossen, die sowohl für TTIP (Transatlantic Trade and Investment
110 Partnership) als auch für alle anderen zukünftigen Handelsabkommen
111 gelten sollen. CETA ist bereits fertig ausverhandelt und überschreitet
112 diese „roten Linien“ an verschiedenen Stellen. Alle deutschen
113 Europaabgeordneten tragen für die Einhaltung dieser selbstauferlegten
114 Linien Verantwortung. Für die Abgeordneten der SPD-Gruppe zeigen die

115 Linien des SPD-Parteikonvents zusätzlich die Abstimmungsrichtung an.
116 Die Hauptverantwortung liegt in den Händen der Abgeordneten im
117 Europäischen Parlament.

118

119 d) Es darf **keine sozialdemokratische Zustimmung** zur Ratifizierung
120 von CETA durch den **Bundestag** und den **Bundesrat** in Deutschland
121 geben. Der Bundestag und der Bundesrat müssen bei einem „gemischten
122 Abkommen“ mitentscheiden. Diese Ratifizierung könnte jedoch erst
123 mehrere Jahre nach der vorläufigen Inkraftsetzung erfolgen. Daher
124 müssen die SPD-Abgeordneten im Bundestag die Ratifizierung von CETA
125 ablehnen.